



LANDTAG
NIEDERSACHSEN

Grant Hendrik Tonne

- Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion
- Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Schmiedestraße 9
31633 Leese
Mobil: 01 51 / 52 56 05 72
E-Mail: ghtonne@web.de
www.ghtonne.de
05.11.2014/ad

An die Redaktionen
im Landkreis Nienburg/Weser

Tonne: Chancengleichheit und moderne Bildungslandschaft in Niedersachsen **SPD Abgeordneter mit Schulgesetzentwurf „sehr zufrieden“**

Das neue Schulgesetz für Niedersachsen, das im Frühjahr 2015 beschlossen werden soll, eröffnet mehr Chancengleichheit für Schülerinnen und Schüler: „Im Landkreis Nienburg schafft das von der Kultusministerin Frauke Heiligenstadt vorgestellte Gesetz die Voraussetzungen, um die Schullandschaft für die Herausforderungen der modernen Bildung zukunftsfähig zu organisieren“, erklärt dazu der heimische SPD - Landtagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer Grant Hendrik Tonne.

Die Einführung des modernen Abiturs nach 13 Jahren in Niedersachsen bedeutet für die Kreis-Nienburger Gymnasien in Stolzenau, Hoya und Nienburg neue Möglichkeiten: „Gymnasien haben jetzt Chancengleichheit, weil das Abitur nach 13 Jahren nach der gescheiterten CDU-FDP-Reform nicht mehr nur an Gesamtschulen und der BBS absolviert werden kann. Eltern, die ihren Kindern das sogenannte Turbo-Abitur nicht zumuten wollen, haben jetzt die freie Auswahl. Das ist ein großer Erfolg sozialdemokratischer Bildungspolitik. Wir haben die Sorgen der Schülerinnen und Schüler ernst genommen und wollen die Belastung reduzieren“, betont der SPD-Landtagsabgeordnete Tonne.

Zudem werde die Laufbahnpflicht nach der 4. Klasse in der Grundschule abgeschafft. „Keine Note kann so individuell wie ein Gutachten sein. Die Schullaufbahn-Empfehlung, die wir mit der Neufassung des Schulgesetzes

Wahlkreisbüro:
Georgstraße 28
31582 Nienburg/Weser
Tel.: 0 50 21 / 38 66
Fax: 0 50 21 / 1 45 64
E-Mail: ghtonne-wk@t-online.de

abschaffen werden, hat diejenigen Schülerinnen und Schüler benachteiligt, die sich später empfehlen. Der Elternwille ist für die Regierungskoalition und unsere Kultusministerin Frauke Heiligenstadt entscheidend. Das ist sozialdemokratische Bildungspolitik, die für Chancengerechtigkeit sorgt und keine Möglichkeiten verhindert“, erläutert Tonne. Unverständnis zeigte Tonne für die Kritik der Opposition, hierbei handele es sich um Kuschelpädagogik. Die Grundschulen würden eine hervorragende Beratungsarbeit der Eltern leisten, hieran wolle man nichts ändern, im Gegenteil, die Beratung solle gestärkt werden. Ein differenziertes Gutachten sei aber weitaus wertvoller als eine grobe und abstrakte Schullaufbahnpflicht. Die Entwicklung der Kinder verlaufe höchst unterschiedlich, selbst die Entwicklung in einzelnen Fächern, so der Abgeordnete.

Auch bei der Inklusion komme man mit der Neufassung des Niedersächsischen Schulgesetzes einen großen Schritt nach vorn: „Es werden Regionalstellen für die schulische Inklusion eingerichtet, denn die lokal vor Ort Handelnden wissen am besten, wie die inklusive Schule in der jeweiligen Region organisiert werden sollte“, stellt der SPD-Abgeordnete klar. Auch hier liege vor allen Beteiligten noch ein langer Weg, dieser müsse aber Schritt für Schritt bewältigt werden. Das Schulgesetz stelle hierfür eine gute Grundlage dar.

Da die Gesamtschulen künftig auch ersetzende Schulform werden können, trage man der Gleichbehandlung zwischen allen Schulformen Rechnung „Nunmehr können die Schulträger in eigener Verantwortung und nach enger Rückkopplung mit Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften selber entscheiden, welche Schule vor Ort gewünscht ist. Das Land mache damit keine Vorgaben mehr und stärke die regional gewünschten Ideen. Das ist gerecht!“, sagt Tonne.

Die Neufassung des Niedersächsischen Schulgesetzes wird nach dem Kabinettsbeschluss vom Dienstag zur Anhörung in die beteiligten Verbände und Interessenvertretungen gegeben. Nach der Befassung im Landtag Niedersachsen soll das neue Schulgesetz voraussichtlich im Frühjahr 2015 von den Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages beschlossen werden. Vorher sind eine umfangreiche Anhörung und ein breiter Dialog vorgesehen.